

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Svehlas Ciertanz.

Nach einem altbekannten Sprichwort ist es schon unmöglich, zweien Herren zu dienen, wie schwer muß es da erst sein, sechs Parteien aufrichtigen Gehens zu dienen und nach dem Munde zu reden. Svehla war nach seiner Regierungsbildung vor diese schwere Aufgabe gestellt, und in seiner Regierungserklärung, die im Parlament der Bruderpartien Wettgesang hervorrief, verlor er der Öffentlichkeit einen Begriff davon zu geben, wie man es also mache. Zu den Schwierigkeiten, zwei Gesellschaftsklassen, drei Weltanschauungen und sechs Parteiprogramme über einen Leisten zu schlagen, muß für den Ministerpräsidenten der tschechoslowakischen Republik noch das wenig erhebende Gefühl kommen, eine Mehrheit im Hause zu haben, die bei schlechtem Wetter durch Schnupfenanfalle einzelner Abgeordneter ins Wanken geraten kann. Svehla hat eingangs seiner Erklärung ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Er ließ sich vernehmen:

„Die einzige Autorität der politischen Demokratie ist die Majorität. Es war daher unsere erste Aufgabe, eine solche Majorität zu schaffen, die tragfähig und fähig wäre, zur Arbeit, nach welcher neunzig Prozent der Wählerstimmen riefen.“

Aus eben diesem Grunde hat Svehla eine Regierung gebildet, die, wenn es mit rechten Dingen zugeht und nicht das dritte Skriptorium die Korrektur des Volkswillens besorgt, nur über 149 von 300 Mandaten, also über nicht ganz 50 Prozent verfügt. Er muß, um den Schwund seiner Minderheitsregierung zu verhindern, sehr viel von dem „Willen zur Arbeit“ reden, der in den Wählerstimmen und — anscheinend auch nach Svehlas Meinung — mehr in den oppositionellen als in den regierungstreuen zum Ausdruck gekommen sei.

Der „Hochpriester“ der Volkdemokratie meinte, daß „alle jene Millionen von Stimmgeldern mit der Aufgabe einbegleitet wurden, daß g.e.a.r.b.e.i.t werde.“ Die Frage ist nur, wie gearbeitet werden soll. Man kann doch nicht gut annehmen, daß die Million kommunistischer Stimmen und die eineinhalb Millionen Stimmen der nationalen Minderheiten einen Ruf nach jener Arbeit bedeuten, die feinerer von der Beika geleistet wurde und jetzt von der Sekta durchgeführt werden soll. Und wenn Svehla in einem Atem davon spricht, daß sein Ziel „das Wohlergehen des Volkes und das Glück der Republik“ sei, und daß er jenen Zielen treu bleiben werde, hinter denen er sieben Jahre lang gegangen sei, so glauben die oppositionellen Parteien, alle Veranlassung zu einer reichlichen Dosis Mißtrauen zu haben. Mit ungewohnter Milde hat der Gewaltmensch Svehla in einer Sonntagspredigt von seinen Feinden gesprochen. Der Mann, der sich wie kein zweiter gestiftet hat, spricht salbungsvolligen den Satz und von der Erziehung zu „größerer Verträglichkeit“. Der Mann, unter dessen Regierung die Opposition von jeder parlamentarischen Tätigkeit ausgeschaltet wurde, salubert von der „Zusammenarbeit“ und sucht die vollständige Leere an schöpferischen Gedanken durch öde Gemeinplätze zu kaschieren, nie etwa den Leuchtsatz: „Der Staat ist ein lebendiger Organismus und seine Aufgaben sind kulturell.“ Der Staat, in dem Svehla regiert, ist nicht gerade ein Musterbeispiel für diese Definition. Er wird es, wenn die Regierung der allnationalen Koalition so aussehen wird wie die Erklärung Svehlas (und sie wird sicher so aussehen), auch nie werden.

Um alle Lebensfragen des Staates, um alle wichtigen Probleme hat sich Svehla mit allgewohnter Virtuosität geübt. Er hat durch die Länge seiner Erklärung ersehen wollen, was ihr an Inhalt fehlt. Herausgenommen ist ein Ciertanz, der feinesgleichen sucht und der auch dem sozialsten Bürger keine besondere Freude bereiten wird. Svehla wollte allen Recht tun und hat niemandem etwas gegeben. Man vermisst in seiner langatmigen Rede ein ernstes Wort über das brennende Problem der Anerkennung des Husslands. Um eines alten Bauwau willen,

Abrechnung mit der Koalition.

Eine Anlagerede des Genossen Hillebrand in der Freitag-Sitzung
des Abgeordnetenhauses.

Es ist hier eine allnationale Koalition aufgerichtet worden und diese allnationale Koalition hat eine Gewalt Herrschaft etabliert, die seit Jahren auf den Völkern, die in diesem Staate leben, lastet. Man hat die Demokratie systematisch untergraben und geschändet. Man hat der Welt einzureden versucht, daß hier in diesem Staate die vornehmsten und größten demokratischen Errungenschaften gemacht worden wären, und doch zeigt uns nahezu jeder Tag, daß die Dinge in Wahrheit ganz anders sind. Hier aber hat man planmäßig

Jahre hindurch den Jorn großgezogen, die Auslieferung eines großen Teiles der Bevölkerung und ihrer Vertreter gegen die Methoden, die Sie aufgerichtet haben, man hat diesen Jorn und diesen Groll und diese Auslieferung geübt durch die Art, wie Sie gewohnt sind, in diesem Parlament in diesem Staate zu herrschen und zu regieren. Drüben ist gestern die große Feierlichkeit der Eröffnung des Senates unter ganz seltsamen Umständen vor sich gegangen. Nicht große bewegende Probleme waren es, die zu dieser Verzögerung um viele Stunden geführt haben, sondern die Sucht der einflüchtigen Koalitionsparteien, in möglichst reichem Maße an den Posten teilzunehmen, die hier zu besetzen waren. Ministerpräsident Svehla hat in seiner Rede verkündet, die Tschechoslowakei könne mit Stolz auf das Urteil des Auslandes hören. Das Urteil des Auslandes ist nicht unbeneidlich, es ist hergerichtet durch die herabgeworfene Verleumdung, die an das Ausland geht.

Sie müßten, wenn Sie die Dinge ernsthaft prüfen, ein Gefühl tiefer Beschämung darüber empfinden, wie innerhalb der kurzen Frist von wenigen Jahren der Parlamentarismus in diesem Lande so sehr auf den

Sie haben sich immer gerühmt und heute noch halten sie sich außerordentlich viel darauf zu gute, daß dieses Wahlrecht, daß Sie geschaffen haben, ein wirklich demokratisches, ein gutes sei. Es sei unbestritten, daß das Wahlrecht in unserem Lande ein verhältnismäßiger Fortschritt ge-

der sich in seiner Borniertheit immer noch einbildet, mit dem Kopf durch die Wand rennen zu können, schweigend Svehla die Auslandsfrage tot, und wenn Hunderttausende deshalb brotlos bleiben. Aber auch die, innerpolitisch noch viel wichtigere, nationale Frage existiert nach wie vor für die allerhöchste Regierung nicht. Es wird in der Regierungserklärung versprochen, daß „die staatliche Eisenbahnverwaltung wie bisher intensiv in Sachen der sozialen Fürsorge um ihre Bediensteten forschieren“ werde, und man kann nach Belieben annehmen, daß das eine Phrase oder das Versprechen, die Tschechisierung fortzusetzen, bedeutet. Mit Nebenansatz sucht die Erklärung über die wichtigen sozialpolitischen Fragen, so über die Versorgung und Jugendfürsorge, über die Wohnauftrag und den Schutz des Arbeitsverhältnisses hinwegzuleiten. Man darf es sich eben weder mit den Bestehenden noch mit den betenden proletarischen Parteien in der Regierung ganz verderben. Famos erwidert Svehla die kirchenpolitischen Streitfragen. An einer Stelle verspricht er, daß die Regierung in ihrer Politik zum Vatikan dieselbe Linie verfolgen werde, wie die vorhergehenden Kabinette, und noch gewundener drückt sich der alte Romantiker des Partikularismus zwischen Freiheit und schwärzestem Klerikalismus an einer anderen Stelle aus. Er sagt:

„Bei der Lösung der Fragen, die sich aus dem Verhältnis zwischen dem Staat und den Kirchen ergeben, wird die Regierung hauptsächlich des Inhaltes und der Methoden das Vorgehen der früheren Regierung fortsetzen.“

Das heißt also mit trockenen Worten: sie wird nichts tun. Sie kann doch auch nichts tun, da die Klerikalen einen integren Bestandteil der allnationalen Koalition bilden. In dem Ton geht es weiter, den Feinden der Koalition wird Untergang vorausgesagt, die Koalition wird nach der Prophezeiung Svehlas,

wesen ist. Sie haben jedoch in der jüngsten Zeit vor Auslösung der Rationalisierungsaktion alles getan, um diesen Ruin zu zertreten und zu zerstören.

Sie haben das Wahlrecht einer schamlosen Fälschung unterzogen

durch eine unerhörte Wahlkreisgeometrie. Diese bedeutet die Entrechtung eines großen Teiles der Wählerschaft, sie bedeutet ein Unrecht, das die Koalitionsparteien und somit die tschechischen Wähler begünstigt, eine bewusste, geplante, beabsichtigte und durchgeführte Verschlechterung und Verfälschung des gleichen Wahlrechtes. Im Wahlkreis Prag A z. B. wählen je 19.900 Wähler einen Abgeordneten. Im Wahlkreis Karlsbad sind schon 24.500 Wählerstimmen dazu notwendig, im Wahlkreis Laun und Teplitz aber steigt die nötige Stimmenzahl für einen Abgeordneten auf rund 26.000 Wählerstimmen. In Prag also etwas über 19.000 Stimmen, in Laun 26.000 Stimmen.

Also über 6000 Stimmen brauchen wir in unseren Wahlkreisen mehr als Prag, um einen Abgeordneten zu bekommen.

Die Senatoren der Hinlpartei sind mit durchschnittlich weniger Stimmen gewählt worden als die Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Partei. Das ist kein Zufall, hätte man doch die Wahlreform gar nicht gemacht, wenn man nicht durch Ausschleichen eben dieses Wahnsinns herbeiführen wollte. Es ist ein Rechtsbruch an den Gruppen, die die deutschen Gebiete in diesem Lande bewohnen, es ist ein geplanter, beabsichtigter und mit voller Klarheit des Denkens durchgeführter Raub. Darüber hinaus haben Sie etwas Unerhörtes getan: Nicht nur, daß diese kleinen Parteien ihre Stimmen, die auf ihre Liste abgegeben wurden, verloren haben. Dank Ihrer sogenannten Wahlreform haben Sie die den kleineren Parteien verloren gegangenen Stimmen für sich in Anspruch genommen, haben Sie die Stimmen den kleinen Parteien geraubt! Eine schwere Fälschung der Willen der Wähler ist schlechthin nicht mehr denkbar. Wenn man solche

wie ehemals Oesterreich, ewig stehen. Wer nach einer positiven Aeußerung zu den schwebenden politischen und sozialen Fragen sucht, der kommt nicht auf seine Rechnung. Ein erbauliches Gewäch, ein Jonglieren mit öligen Phrasen, an dem nur die „Prager Presse“, die es von antworten tun muß, ihre Freude hat. Eine zweite Regierungserklärung, die so auf die Formel: „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß!“ eingestellt wäre, wie die Svehlas, läßt sich in ganz Europa nicht wieder aufreiben. Wolle man ein Seitenstück zu ihr finden, man müßte auf die Erklärung jener österreichischen Kabinette zurückgreifen, die vom ersten Augenblick ihres Lebens an auf dem Schauplatz einer Schacherpolitik saßen, die heute mit dem Denkschwabakal und morgen mit den Diktatoren regierte.

Aber könnte es denn anders sein? Ein Lump gibt mehr als er hat. Svehla hat im Jahre 1922 eine Regierungserklärung abgegeben, die ähnlich aufgebaut war, wie die letzte. Immerhin war sie um einige Grade klarer und positiver. Mittlerweile haben die Gegensätze sich verschärft, die Zahl der Teilnehmer an der Macht ist auf sechs gestiegen. Die Regierungserklärung konnte daher nur ein verwässertes Aufgebot der damaligen sein. Aber so reden, daß sechs Parteien mit dem Autor zufrieden sind, das ist immer noch angehen. So regieren sechs Parteien, die obendrein zusammen keine tragfähige Mehrheit haben, immer unter einem Hut bleiben, das wird beträchtlich schwerer sein. Herr Svehla mag ein sehr graxiler und eleganter Vortrager der Sekta sein. Aber das Partekett ist glatt, der Tänzer und der Eier, die im Bege liegen, sind mehr als genug. Der Ballettmeister mag Acht haben, daß er keine von ihnen zertritt. Da einige jaule darunter sind, könnte das Fest über den!

Dinge vollführt, dann darf man nicht den Mut haben, vor der Öffentlichkeit hinzutreten und sich zu rühmen, daß man weiß Gott was für demokratische Einrichtungen hätte! Wo in aller Welt ist wohl mit gleichem Jynismus der Wille der Wähler zum Teile in das Gegenteil umgewandelt worden? Es ist eine

Verhöhnung der Demokratie,

wie sie ärger, schlimmer, drastischer und zynischer nicht zu denken ist. Trotz dieser unerhörten Wahlkreisgeometrie, trotz des geflüchteten Stimmvertriebs an den anderen Parteien ist der Versuch, auf diese Weise die Mehrheit und die Kraft der Koalition zur weiteren Aufrecht-erhaltung der allnationalen Gewalt Herrschaft zu sichern, erfolglos geblieben. Die Wähler haben Ihnen, den Koalitionsparteien, eine starke Lieberlage eingetragen. Sie herrschen hier dank des Unstandes, daß Sie eine neue Partei eingefügt haben, die heute Ihre Koalition verstärkt, während

in diesem Wahlkampf die frühere Opposition siegreich

gewesen ist! Das Wahlergebnis war eine deutliche und laute Abgabe der Wähler an die Koalition, eine Verurteilung Ihrer Politik und wäre ein fünften demokratischen Empfindens, wäre ein Rest von Verständnis für parlamentarische Methoden bei Ihnen vorhanden, dann hätte die Koalitionsregierung weichen und die besiegten Koalitionsparteien den Plan aufgeben müssen, weiter die Herrschaft in diesem Staate zu führen. Statt dessen haben Sie die neue Herrschaft aufgerichtet, haben einfach den Kreis der Koalition um ein kleines Parteihäuflein erweitert. Nun hat Svehla den Mut zu sagen: „Die einzige Autorität der Demokratie ist die Mehrheit“. Das sagt derselbe Herr, der die Mehrheit verloren hat, so daß er sie sich erst künstlich wieder schaffen mußte! Herr Svehla hat nach eigenem Urteil die Autorität verliert, er besitzt nach den Wahlergebnissen nicht mehr die Mehrheit und er müßte daraus die Schlüsse ziehen. Die Autorität, auf die er sich heute stützt, ist angefaßt.

Svehlas Autorität ist durch das Wahlergebnis nicht begründet.

Freilich, die sonst so schwache Koalition hat plötzlich Familienzuwachs bekommen. Es haben sich mehr Kinder dieser Koalition gefunden als im Hause sind. Sonst kennt man mitunter den Vater des Kindes nicht, in dem Falle sind die Namen der Kinder unbekannt, man weiß nicht, wo sie plötzlich herkommen, aber sie waren hier.

Da regen sich die Herren von den Koalitions-parteien über die Diktaturgefühle der Volkspolitiker auf. Wir lehnen diese Methode als den normalen und gewöhnlichen Weg ab. Sie aber haben selber zur

Diktatur der Minderheit

gegriffen und Sie scheuen sich nicht, diese Diktatur andauernd aufrecht zu erhalten.

Die Schande der Regierungsbildung.

Wochenlang hat man verhandeln müssen, um dieses Gebilde der Regierung glücklich zustande zu bringen, allein schon ein Beweis dafür, wie festgefügt dieses ganze Koalitionsgebäude ist, wie groß der innere Zusammenhang sich darstellt. Zusammengeleimt und geflickt, zusammengegeschachtelt und verprochen hat man sich, um diese Regierung glücklich zustande zu bringen und die Verhandlungen, die sich wochenlang hingezogen haben, haben sich im wesentlichen nicht um großumfrittene Programme gehandelt. Es war wieder ein Schacher um die Aufteilung der einzelnen Ministerstühle, über das Ausmaß des Anteiles der einzelnen Koalitionsparteien an der Macht und an den Einkünften.

Ekel und Abscheu erfaßt einen, wenn man dieses widerliche Schauspiel gesehen hat.

Da hat man monatelang das Parlament ausgeschaltet, dann hat man es nach Hause geschickt und aufgelöst und hat vorzeitig Neuwahlen ausgeschrieben, weil man den Wählern eintreten wollte, die Neuwahlen würden beständigen und beschleunigen, daß das Koalitionsystem von der Bevölkerung gewollt sei und der Ministerpräsident bringt es ja fertig, in seiner Rede noch etwas Ähnliches behaupten zu wollen. Dann mußte man es erlöben, daß die Koalition mit einer Minderheit von Stimmen aus den Wahlen hervorging und daß es unendlicher Mühe bedarf, die Grundzüge der einzelnen Koalitionsparteien auf ein gemeinsames Programm zu einigen, Grundzüge, die so verfaßten sind, daß sie sich nicht finden können und daß nur die Sucht, das Verlangen nach Ministerstühlen alle anderen Bedenken zurückdrängt und

Wochen hindurch die Koalition ausschließlich oder beinahe ausschließlich beherrscht.

Nun hat der Herr Ministerpräsident in einer Rede, die er kürzlich Koalitionsjournalisten gegenüber hielt, angekündigt, daß sich in dem Verhältnis der Regierung zum Parlament und in dem Verhältnis der Koalitionsparteien zu den Oppositionsparteien manches ändern werde.

Die Koalition hat jede ernste Regierung des Parlamentes verhindert.

Anträge, die von der Opposition kamen, wurden entweder nicht verhandelt oder sie wurden ungelesen und ohne Rücksicht auf ihren Inhalt abgelehnt. Jede Regierung, die von der anderen Seite kam haben Sie in keine erstift.

Von neuen Methoden spricht nur der Ministerpräsident, in Wahrheit ist keine neue Methode zu sehen, die alle Gewalt ist aufrecht, derselbe Schacher herrscht.

Man will sich nicht ändern, man will dieses Gewaltssystem stützen und aufrechterhalten um jeden Preis und unter allen Umständen die „Pötte“ ist felig entschlossen, an ihre Stelle sind andere Koalitionsausschüsse getreten, die sich aus einer anderen Zahl von Menschen zusammensetzen, die aber mit den gleichen oder ähnlichen Befugnissen wie die felig entschlossene „Pötte“ ausgestattet sind.

Wie war es denn bei der Konstituierung der beiden Häuser der Nationalversammlung?

War es nicht wieder die alte Methode des Schachers und der Gewalt, die wir zu spüren bekamen. Die Nationalversammlung setzte sich zusammen aus 300 Abgeordneten und 150 Senatoren. Von den Abgeordneten gehören 150 Mitglieder der Koalition und 141 den Oppositionsparteien an.

Für 238 Mandate 9 Wahlen, für 212 Mandate hingegen nur 2 solcher Stellen.

Das ist der neue Geist, der Sie beherrscht! Wahrhaftig ein herrlicher Respekt, der sich in dieser Ziffer ausdrückt und es ist der alte vertrauene Geist, der hier herrscht, es ist die alte liebliche Art, an der Sie sich gewöhnt haben, es ist die Verschämung der Dinge, es ist die Züchtung der Demokratie, die Sie gewohnt sind seit Langem.

Sie haben sich einfach auf die Willkür und auf die Macht gefügt, die Sie in der Hand halten und die haben Sie mißbraucht.

Sie geben sich als Kämpfer gegen die Obstruktion und, meine Herren von der Koalition, was haben Sie denn früher für eine Stellung zur Obstruktion eingenommen? Im alten Österreich war man im Gegensatz zu den Methoden, die hier zu Hause sind, immer bei allen Schwierigkeiten zu Verhandlungen bereit, auch mit Obstruktionsparteien.

Jazvorka und Zafel

nenne. Einmal hat Ihre Obstruktion zur Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses geführt. Das Abgeordnetenhause wurde von neuem gewählt und

jener Vizepräsident, der früher bei der Obstruktion mitgeholfen hat, den haben Sie von neuem gewählt.

So haben Sie im alten Österreich gezeigt, wie sehr Sie die Mehrheit respektieren, so haben Sie gezeigt, wie Sie die parlamentarische Sonderhabung des Apparates der Gesetzgebung verstehen. Es kommt einem vor, als ob die jüngste Geschichte Mitteleuropas vergessen wäre.

Wir verlangen die sofortige Einstellung der Abbauaktion, verlangen, daß die Entlassungen rückgängig gemacht werden. Wir wollen dies aber nicht bloß versprochen haben, sondern diese Versprechungen müssen auch gehalten werden. Wir werden den Kampf fortführen, bis das Unrecht nach Möglichkeit beseitigt ist.

gegen die ungesetzlichen Risse und gegen den Wucher.

Wir wünschen, daß endlich wieder größeres Augenmerk zugewendet werde der sozialen Fürsorge, wir verlangen die Regelung der staatlichen Arbeitsvermittlung, den Ausbau der Gewerbeinspektion, ein Gesetz zum Schutze der Kollektivverträge, die endliche Schaffung von Arbeitergerichten, sowie die Reform des veralteten Handlungsgesetzbuches; eine Verbesserung der Pensionsversicherung und des Gesetzes über die Betriebsausschüsse, Einführung der Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Ausgestaltung der Wohnungsgesetzgebung, sowie die Verbesserung des Gesetzes zur Förderung der Baubewegung.

Es wäre noch außerordentlich vieles zu sagen, um die Lücken auszufüllen, die die Rede des Ministerpräsidenten enthält, um zu zeigen, wie viel falsche Darstellungen, wie viel zögerliche Hoffnungen sie enthalten wie der Ministerpräsident über die größten Schwierigkeiten dieses Staates hinweggleitet, wie Sie vergräblich nach der Lösung des Rätsels fahnden, die dem State innewohnen, nach der Ueberwindung der Hemmnisse. Sie wissen ja, wie die Regierung beschaffen ist. Sie wissen, es ist eine Regierung von Usurpatoren, die eine Macht für sich in Anspruch nimmt, die nicht begründet ist, die sie sich widerrechtlich aneignet. Sie wissen, daß man

Anfänglich die Minorität zur Majorität umgeformt

hat. Aller Vermutung zum Trotz halten Sie bis zum heutigen Tage weiter fest an der allnationalen Koalition an der Vorherrschaft der einen Nation über alle übrigen. Wir stellen demgegenüber heute wie vor 5 Jahren die Forderung nach unserer Selbstverwaltung auf. Sie stellen sich einseitig. Sie stellen sich tot, als ob Sie nicht wüßten, was wir wollen, als ob wir noch einmal sagen müßten, wie aus dem Wirrwarr dieses Staates der Ausweg zur Versöhnung der Völker zu finden ist.

Haben wir Sozialdemokraten nicht in unserem Brünner Programm, haben wir nicht in unserem Teplitzer Programm unsere Stellung zur nationalen Frage genau präzisiert. Haben wir nicht eine Reihe von internationalen Rundgebungen zur Stellung der sozialdem. Arbeiter-internationale zum sozialen Problem in Staaten, in denen es Minderheitsvölker gibt, ganz scharf und genau umschrieben. Erinnern Sie sich doch des Tages, wie wir den Ausgleichsantrag auf den Tisch des Hauses wiedergelegt haben. Wir suchten die Möglichkeit des Ausweges, wir haben Sie eingeladen, mit uns zu handeln, was geschahen müßte, um den Paß zwischen Völkern abzubauen, um einander näher zu kommen. Was war die Antwort, die wir fanden. Sie haben aufgeschrien, Sie haben uns verflucht, Sie haben nicht im entferntesten daran gedacht, auf diesen Ausgleichsweg einzugehen, obwohl eine oder die andere Partei im alten Österreich mit uns aemtelndem einen ähnlichen Antrag eingebracht hat. Hier antwortet uns ein

starrs, hartnäckiges, scharfes, nicht mißzuverstehendes Nein!

Wir suchten einen Rechtsboden, auf dem wir leben könnten, Sie und wir. Wir wollten, daß wir als Gleiche unter Gleichen leben. Sie aber wollten nicht lassen von der Annahme der Gewalt, von der Herrschaft über die anderen und so führen Sie denn die Politik dieses Staates von einer Katastrophe zur anderen. Die schlimmsten Feinde der Ordnung in diesem Staate sind Sie, meine Herren von der Koalition! Wir haben wiederholt gefordert, in spezialisierten Anträgen Ihnen dargelegt, daß ein Mittel, die Völker einander näher zu bringen, die endliche Gewährung der Schulautonomie ist. Sie denken nicht daran, Aber das Problem auch nur zu verhandeln, Sie Wanken die Gegenstände mildern. Sie könnten den ganzen Willen bekunden, wenn Sie das Gangesch endlich zur Wahrheit machten. Aber Sie wählten zwei von diesen Gauen eine deutsche Vertretung einzuräumen und das ist es, was Sie nicht wollen und darum sabotieren Sie Ihre eingeräumtes Gesetz, darum wollen Sie davon nichts wissen, daß das, was Sie beschließen haben, auch zur Wahrheit und Tatsache wird. Wir erwarten von der neuen Koalitionsregierung und von der Koalition selbst ebenso wenig einen entscheidenden Schritt, als wir ihn von der

alten Koalition und Regierung erwartet haben. Es ist der alte Geist, es sind die alten Methoden, von denen Sie sich leiten lassen.

Wir wüßten, daß es so ist und alles das, was die Erklärung des Ministerpräsidenten sagt, und alles, was wir in der jüngsten Zeit erfahren, bestätigt unsere Vermutung. Es wird uns nicht hindern, den Weg weiterzugehen, den wir bisher beschritten haben. Wir werden den Kampf weiterführen mit allen zweckdienlichen Mitteln innerhalb und außerhalb des Parlamentes, so, wie es unser Programm anspricht.

Die deutschen Arbeiter, die in diesem Staate wohnen, haben die Politik der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei durch die Abstimmung bei den Wahlen gebilligt.

Wir haben die Genugtuung, trotz allen Geschreies von den verschleierten Seiten seit den Gemeindevahlen 1923, einen nicht unerheblichen

Aussieg in der Entwicklung zu haben. Jeder vierte Wähler innerhalb des deutschen Volkes hat die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei gewählt. Das ist uns vorläufig Rechtfertigung genug. Wir werden den Kampf fortführen für das unverrückbare Ziel, das uns vor Augen steht. Wir werden den Klassenkampf fortführen gegen die Herrschaft der Anderen, die uns lässlich und feindselig das Leben erschwert und die Arbeiterklasse in ihrer Existenz und Freiheit bedroht. Wir werden den Kampf mit der Zeit imstande sein, die Hindernisse hinwegzuräumen, die uns heute entgegenstehen. Die Koalition, die Sie mit allen Kräften und Mitteln wieder zusammengeknüpft haben, wird zerbrechen an der Unmatur und den Gegensätzen, die in Ihren eigenen Reihen ruoren und Ihnen Sorgen und Schwierigkeiten wahrhaftig genug bereiten. Wir werden ausharren und fortfahren im Kampfe. Es kommt der Tag, dessen sind wir gewiß, der unsere Ideen zum Siege führt, trotz allem und allem, zum Siege des Sozialismus. (Stürmischer Beifall)

Unsere prinzipielle Erklärung.

Die vom Abg. Genossen Gillebrand anfänglich der Parlamentseröffnung verlesene Erklärung des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten besagt:

Unsere Stellung als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse dieses Landes ist gegeben durch die Tatsache, daß wir die herrschende Gesellschaftsordnung durch eine neue, auf den Grundätzen des Sozialismus aufgebaute Ordnung ersetzen wollen. Unser Ziel ist daher unerbittlich der Sozialismus! Was unser unerbittlicher Freund Seliger in unserem Namen am 2. Juli 1920 bei unserem Eintritt in das erste gewählte Parlament erklärte, gilt heute noch. Es gilt in den entscheidenden Gedankenfragen und Grundfragen alles, was er damals zur Kennzeichnung der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes, zur Feststellung unseres Verhältnisses zum Staate, zum herrschenden System und zu den anderen sozialistischen Parteien vorlegte, alles, was er bei Stijierung der uns auf dem Boden dieses Staates zufallenden historischen Aufgaben, der Notwendigkeiten der Arbeiterklasse und des Sozialismus vorbrachte. Die schweren Bedrückungen, denen die deutsche Bevölkerung und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse ebenso wie

die anderen Nationalitäten dieses Staates unterworfen war, haben uns in der Ueberzeugung bestärkt, daß das freie Recht aller diesen Staat bewohnenden Völker auf Selbstbestimmung ihres Schicksals, aber auch ihres Rechtes auf Selbstverwaltung ihrer nationalen und kulturellen Angelegenheiten eine Lebensnotwendigkeit für alle Völker ist, eine Grundbedingung für ihr friedliches Zusammenleben, für ihre gedeihliche Zusammenarbeit. Wir wissen uns hier durchaus im Einklang mit dem Standpunkte und den Bestrebungen der sozialistischen Internationalen.

In der Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse die Trägerin der geschichtlichen Entwicklung im Kampfe gegen die soziale, politische und nationale Bevormundung ist, und daß sie allein jede Unterdrückung zu beseitigen vermag, werden wir in diesem Staate den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse als Sozialisten und mit sozialistischen Methoden weiterführen, in dem unerschütterlichen Bewußtsein, daß sich die geschichtliche Notwendigkeit erfüllen muß, und daß daher der Sieg unserer Sache gewiß ist.

Geplänkel nach der Schlacht.

Neuraths unglückliches Debut.

Prag, 19. Dezember.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses, die heute angesetzt des Samstag schon in den Nachmittagsstunden endete, wies nicht mehr die wilde Begeisterung auf, die der Chauvinismus an den beiden vorhergehenden Sitzungstagen hervorgerufen hat. Allerdings, ganz haben sich die Wogen der Leidenschaft nicht gelähmt und sie und da gab es kleinere und größere Geplänkel, insbesondere während der Kramar-Rede. Dr. Kramar hat die wilden Szenen der letzten Tage zum Anlaß genommen, um den Slowaken zuzureden... Seine Worte fanden aber nicht der von ihm gewünschten Wiederhall und als er von der tschechoslowakischen National sprach, tönte es ihm heftig entgegen: „Nein, nein, eine tschechoslowakische Nation gibt es nicht. Es gibt nur eine tschechische und eine slowakische Nation!“

Ein weiteres Charakteristikum der Sitzung bildete das Debut des Moskauer Bolschewiks Neurath. Das erste Wort, das man von diesem edlen Herrn im Parlamente zu hören bekam, war ein Angriff auf die deutschen Sozialdemokraten, denen der Klubschef Smerals vorwarf, sie trübten nur Scheinopposition. Unsere Genossen verletzten Neurath eine gebührende Antwort. Raufmann, Schweichhart, Seibl und Dr. Egeh hielten Neurath ein langes Sündenregister vor, so daß er schließlich in Verlegenheit geriet. Als Wunsch dem Genossen Dr. Egeh zurief: „Ich war im Reifer!“ antwortete ihm dieser unter lebhaftem Beifall unserer Genossen: „Das ist doch kein Verdienst. Ich auch!“ Als Neurath vom Kampf ums Selbstbestimmungsrecht sprach, riefen zahlreiche unserer Abgeordneten: „Selbst wann? Seit wann seid ihr denn fürs Selbstbestimmungsrecht? Seit wann?“ Neurath blieb allerdings die Antwort barschuldig.

Um halb 11 Uhr vormittags wurde die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt. Als erster Redner spricht der Deutsch-nationale Lehner, der ausführte: Von den Tischen wird uns entgegengehalten, daß unsere Angelegenheit sich nicht mit unserem Vorgehen im Hause verträge. Ich erkläre, daß wir Deutsche hier tschechische Eide geschworen haben und daß wir sie so halten werden, wie der Präsident und ein großer Teil der Nachhörer. Hierauf spricht Dr. Kramar (natürlich), der wiederholt von stürmischen Volksrufen der slowakischen Volksvertreter und der Kommunisten unterbrochen, zuerst einen Rückblick auf den Ausgang der Wahlen wirft und nicht verhehlt, daß dieser für seine Partei eine schmerzliche Uebertragung gewesen sei. Er erklärt, daß

das vorige Parlament eine Reihe großer Aufgaben gelöst habe. Die größte Stunde war es, daß die Frage der Staatsangehörigen und die Steuerfrage nicht gelöst worden ist.

Wichtig: Und die nationale? Kramar (fortfahrend): Ja, leider. Denn wir haben nicht die Sprachenverordnungen herausgegeben, zu denen uns das Sprachengesetz verpflichtet.

Probe II: Das Gesetz über die Eidevangelen stellte konnte nicht herausgegeben werden, weil darin nichts über die Angehörigen enthalten war.

Kramar (fortfahrend): Als es sich um die Angelegenheiten handelte, hat es keine größerer Förderer dieser Frage gegeben, als mich. Wir haben jedoch auch darin gescheit, daß vor das Parlament vorzeitig aufgestellt haben. Redner erklärt weiter, daß die Tischen in ihrer Politik immer nur nach einer Richtung schauen und zwar, was das Verhältnis der Deutschen zum Staate anlangt. Aber ein weiteres Problem liegt uns vielfach näher und ist für uns viel wichtiger und ernst. Das ist das slowakische Problem.

Während seiner Ausführungen über dieses slowakische Problem wird Redner fast ununterbrochen von den slowakischen Volksparteien, den Deutschen und den Kommunisten unterbrochen, während bei manchem unterbrochen vorgetragenem Satz seiner Parteigenossen lebhaft applaudieren. Er erklärt, daß er ein Anhänger der Bundesautonomie sei, und zwar deshalb, weil die Landesautonomie eines der wichtigsten Elemente für die Stärkung unserer Kräfte war. Ich glaube, fährt er fort, daß die Landesautonomie in dem Umfange, wie wir sie für uns selbst wollen, geeignet ist, die Lösung des slowakischen Problems zu ermöglichen.

Es ist auf die Dauer nicht möglich, eine Vogel-Strauß-Politik zu machen und auf die Entwicklung in der Slowakei sich zu verlassen, weil diese Entwicklung nicht so geht, daß die tschechoslowakische Einheit gestärkt würde. Wenn sie geht in entgegengelegener Richtung. Dieses Problem wird nicht gelöst, ob die slowakische Volkspartei um ein Mandat mehr hat, sondern es muß sachlich gelöst werden, daß die Slowaken sehen, daß das tschechische Volk nicht in die Slowakei gegangen ist, um dort etwas Ungewöhnliches zu gewinnen, sondern einzig deshalb, um einen Preis des eigenen Volkes zu befreien, damit er stark und mächtig werde und daß wir zusammen ein einheitliches starkes tschechoslowakisches Volk bilden. (Behaftete Zwischenrufe seitens der slowakischen Volksparteien.)

Redner beschäftigt sich sodann mit der Anerkennung Rußlands und polemisiert gegen die Kommunisten, wobei er ununterbrochen von die

ten durch Zwischentuse gestört wird. (Bolen: Wenn Sie für die Anerkennung Rußlands sind, gehen wir Ihnen die Villa auf der Arim zurück. Stürmische Heiterkeit.) Er schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß seine Partei alles tun werde, was notwendig sei zur Stärkung des Staates, denn sie werde nicht vergessen, daß über den Parteien und über allen die Zukunft des nationalen Staates stehe.

Reurath (Bolen) befahte sich mit den gestrigen Ausführungen des Abg. Sillebrand und folgert aus diesem, daß die Kluft zwischen den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten nicht so groß sei, wie man meinen könnte. Der Kampf gegen die in diesem Staate herrschende Diktatur kann nur geführt werden von der Gesamtheit des revolutionären Proletariats. Und in dieser Hinsicht werde sich Redners Partei mit

auf die Kraft des Klassenbewußten Proletariats des ganzen Staates stützen. (Beifall. Zwischenrufe bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Es sprechen Obéllit (tsch. Volksp.), Kralik (tsch. Agrar.), Koczger (ungar. Gewerdepartei), worauf die Sitzung geschlossen wird.

Reminova kontra Frau Weber.

Nachmittags fand eine Sitzung des Ver-Ausschusses statt, in der die Vertreter der Nationalsozialisten forderten, daß diejenigen Abgeordneten, die am meisten beleidigt und am meisten gekränkt haben, von der Sitzung ausgeschlossen und der Diäten verlustig erklärt werden. Es stellten sich aber alle anderen vier Koalitionsparteien gegen diesen Antrag. Wie wir erfahren, entspringt der nationalsozialistische Antrag dem Kopfe der besonnenen Frau Reminova, die damit vor allem die Frau Weber treffen wollte.

Rach und nach werden Sie vor ganz Europa als die blamierten Europäer dastehen, wenn Sie nicht endlich einmal diese Frage regeln! Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung verlangt die Anerkennung Rußlands, sie ist bisher aber gescheitert an dem sterilen Egoismus einer Partei, viellecht einer Person. Aber es kann nicht die Politik eines Staates durch eine kleine Partei in dieser Weise beeinflusst werden, daß die Lebensinteressen Schaden leiden.

Wenn Sie instande sind dem blutbedeckten Mussolini die Hand zu reichen, dann müssen Sie auch Rußland anerkennen. Wir hätten allerdings gewünscht daß der Minister des Äußeren Mussolini gegenüber jene Stellung einnimmt, wie sie unsere Freunde Macdonald und Vandervelde an den Tag gelegt haben, die Mussolini die Hand nicht drückten und von sich ferne hielten.

Die Verwaltungsreform.

In der Regierungserklärung ist sehr viel von der Reform des Verwaltungsverfahrens gesprochen worden. Es wird gesagt, daß eine Vereinfachung, insbesondere durch eine Neuregelung der Gänge, herbeizuführen werden soll. Wir hätten da eine weitere Erklärung gewünscht, ob die Regierung die derzeitige Einstellung aufrecht zu erhalten bereit ist, oder ob sie dem Drängen gewisser nationalstiller Parteien nachgeben und eine Umteilung der Güter in schlechteren vornehmen will, oder ob wir berechtigt wären, die Gänge so, wie sie den

nationalen Stellungen entsprechen, einzuwickeln oder nicht. Die Frage der Verwaltungsreform ist jedoch nicht nur eine Frage der Vereinfachung des Verfahrens.

Wir stellen uns eine Verwaltungsreform in der Weise vor,

daß vor allem auf die Schnelligkeit des Verfahrens Rücksicht genommen wird, und daß ein Mitarbeiter in der Bevölkerung abzugreifen muß; ähnlich wie beim Gerichtsverfahren, muß eine Art mündlichen Verfahrens eingeführt und nicht alles aus den Akten erlesen werden. Für uns handelt es sich hauptsächlich um eine ordentliche und gute Verwaltung.

Sehr bezeichnend ist die Regierungserklärung, soweit sie sich mit

Karpathenrußland

befaßt. Im Jahre 1922 hat es geheißen: In Karpathenrußland wird dahin gearbeitet werden, daß alle Vorbereitungen zur Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses nach der Verfassung und im Sinne des Friedensvertrages von St. Germain getroffen werden. Heute heißt es in der Regierungserklärung ganz kurz: Die Verfassungsurkunde und die Friedensverträge werden die Richtlinien bilden. Seit der letzten Regierungserklärung sind drei Jahre vergangen und ich glaube nicht, daß wir der Einhaltung der Friedensverträge und der getroffenen Vereinbarungen in bezug auf Karpathenrußland wesentlich näher gekommen sind. Entweder ist das Land nicht reif für die Autonomie, — dann hätten Sie, um das Land an sich zu bringen, nicht die Autonomie zugestehen dürfen; oder aber, Sie müssen ihr Wort erfüllen!

Die Regierung ist auch sonst nicht gesonnen, die Gesetze zu beachten. So sagt der § 3 des

Restriktionsgesetzes über die Staatsangestellten

vom 22. Dezember 1924 ausdrücklich:

„Die Regierung wird beauftragt, unter Beobachtung der obangeführten Grundzüge bis zum 31. Dezember 1925 den Entwurf eines Gesetzes über die einheitliche Regelung des Verfahrensverfahrens und über die Abgrenzung der Zuständigkeit der einzelnen Ministerien sowie die erforderlichen Gesetzesentwürfe zur Durchführung der übrigen oben bezeichneten Maßnahmen vorzulegen, inwieweit jene nicht im Verordnungswege oder administrativem Wege durchgeführt werden können.“

Wir haben den 19. Dezember 1925: von der im Gesetze übernommenen Verpflichtung zur Vornahme der Verwaltungsreform ist auch noch nicht eine Spur. Die Regierung hat selbst das Gesetz im Schilde, so wie sie das Restriktionsgesetz in vielen anderen Punkten schwer verlegt hat.

Der Herr Ministerpräsident hat vor Auflösung des früheren Hauses sein Wort versprochen, daß die Gehaltsregulierung bis Ende dieses Jahres durchgeführt sein wird. Er mußte es jetzt zurücknehmen. In den Verhältnissen in der Koalition scheitert auch vollständig die Gehaltsregelung der Staatsangestellten (Gen. B. v. Der Stibinsky hat auch sein Wort bei der Restriktion versprochen!)

Die Regierung verspricht uns auch eine

Steuerreform.

Schon im Jahre 1924 sollte die Steuerreform durchgeführt sein und in Kraft treten. Wir haben Ende 1925 und es ist noch keine Spur von einer Steuerreform. Sie wird jetzt zum 1. Jänner 1927 versprochen! In der Erklärung vom Jahre 1922 hat die Regierung weiter die

Herabsetzung der Kohlenabgabe versprochen, mit der ausdrücklichen Beifügung, daß die Herabsetzung der Kohlenabgabe im vollen Umfange den Konsumenten zugute kommen muß.

Seither wurde die Kohlenabgabe von 42 auf 10 Prozent herabgesetzt, seither wurden die Löhne der Bergarbeiter um mehr als 40 Prozent herabgesetzt und der ganze Abbau der Kohlenpreise beträgt seit 1922 kaum 30 Pro-

zent. Aus den hohen Dividenden der Bergbauunternehmen sehen wir, wem in Wahrheit die Herabsetzung der Kohlenabgabe, ebenso wie die Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter zugute gekommen ist!

Wir finden in der Regierungserklärung kein klareres Wort darüber, daß die indirekten Steuern herabgesetzt werden. Wir verlangen vor allem diese Herabsetzung und eine

Erhöhung des Existenzminimums.

Ein Betrag von 6000 Kronen als Existenzminimum ist unter den heutigen Verhältnissen ein lächerliches Ziel.

Es rühmt sich die Regierungserklärung der stabilisierten Währung, der konsolidierten Wirtschaft.

Wem haben Sie aber das zu verdanken? Ausschließlich den Arbeitern, den Angestellten, den kleinen Gewerbetreibenden, den Kleinhauslern. Aus dem Budget dieser Leute haben Sie Ihre Währung stabilisiert und Ihre Steuern konsolidiert, nicht auf dem Budget der großen Banken, die von Jahr zu Jahr fetter geworden sind, nicht auf dem Budget der Industrie, die von Jahr zu Jahr, besonders im Jahre 1924, wieder erhöhte Dividenden bezahlt hat. Auch nicht auf Kosten der Landwirtschaft, die seit Jahr und Jahr glänzende Ernten mit hohen Getreidepreisen und ungeheurer Zudrillbeweise und in einigen Gegenden jene geradezu wahnwitzigen Subventionen bei der Ernte einnimmt hat. Die ganze Konsolidierung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter geschehen, die bei niedrigen Löhnen, bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Konsolidierung der Wirtschaft unmöglich machen. Wahrscheinlich, die Arbeiter dieses Landes ohne Unterschied der Nation hat eine Schuld bewiesen, die bewundernswert ist! (Sehr richtig!)

Die Entlassung der Staatsbeamten

und besonders der deutschen Angestellten bei den Eisenbahnen und bei der Post wurde mit einer Härte, Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit durchgeführt, die alles Maß übersteigt. Ich will nur einen Fall von den vielen vorbringen.

Dem Eisenbahner Kriskle wurde in Schönbrunn am 16. Oktober dieses Jahres der rechte Fuß überfahren. Er kam in das Krankenhaus, der rechte Fuß wurde ihm amputiert. Nach zehn Tagen, am 26. Oktober erhielt das Krankenhaus die Mitteilung, daß Kriskle mit 1. November abgehaut und aus dem Staatsdienst entlassen worden sei und daß daher die Eisenbahnverwaltung für ihn auch keine Krankentafeln mehr bezahle. (Stürmische Rufe!) Mit hohem Fieber ist der Mann am 30. November aus dem Spital herausgejagt worden und muß sich nun seine Krankentafeln selbst bezahlen.

Sie kennen das Wort Grillparzers: „Von Humanität über Nationalität zur Bestialität.“

(Sehr richtig.) Mir scheint, daß gewisse Herren auf dieser Leiter schon auf der obersten Sprosse angelangt sind. (Lauter Beifall.) Zu Tausenden wurden unsere Eisenbahner entlassen. Am Tage nach der Wahl hat man in Jägerndorf Hunderte und Hunderte deutscher Anstaltler davongejagt. Bis zum Tage nach den Wahlen hat man erwartet, weil man nicht schon vor der Wahl Kravalle haben wollte. Jetzt, vor Weihnachten, droht weiteren Hunderten von Eisenbahnangestellten die Entlassung. (Rufe.)

Der Redner befahte sich dann mit dem zurückweichenden der Regierung in der Frage der Trennung von Kirche und Staat und kommt auf

Die soziale Gesetzgebung

zu sprechen: Wenn man vergleicht, welchen Raum die Regierungserklärung der Förderung der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes einräumt, und was sie über die Maßnahmen der Sozialpolitik sagt, so kommt man zu einem höchst betrüblichen Resultat. Da wird gerade noch das Hauptgewicht auf die Durchführung der Altersversicherung gelegt. Es wird nur noch davon gesprochen, daß die Versicherung der mehr als 60-jährigen durchgeführt werden soll, ein Versprechen, das uns längst gegeben, aber bisher nicht gehalten wurde. Aber von allen anderen so wichtigen Forderungen der Arbeiterschaft ist in dieser Regierungserklärung nicht mit einem Worte die Rede. Vor allem hat man nicht darüber nachgedacht, ob es möglich sein wird, das Genter System aufrecht zu erhalten. In den wenigen Monaten seines Bestandes hat

das Genter System sich als undurchführbar und für die Arbeiterschaft höchst unglücklich und nachteilig herausgestellt

und wir müssen in erster Linie Erziehung des Genter Systems durch eine staatliche Arbeitslosenversicherung verlangen. Von den Kriegsbeschädigten ist gar nicht die Rede, als ob die Verhältnisse der Kriegsbeschädigten wirklich endgültig und für alle Zeiten in befriedigender Weise geregelt wären. Wir fordern weiter die Beseitigung des Terrorgesetzes, das die Koalitionsfreiheit der Arbeiter vernichtet hat. Von der dringenden notwendigen Regelung der Arbeitsvermittlung ist in der Regierungserklärung gleichfalls nicht die Rede. Von dem Ausbau der Gewerbeinspektion, von der Beziehung von Arbeitern zu den Gewerbeinspektionen wird nicht gesprochen. Es ist ferner keine Rede davon, was mit dem Gesetze über die Arbeitergerichte

Die Regierungserklärung im Senat angenommen.

Scharfe Kritik des Genossen Dr. Heller.

Prag, 19. Dezember. In der heutigen Senatsitzung wurde die Debatte über die Regierungserklärung beendet. Die Debatte wickelte sich vor durchwegs leeren Hause ab, nur als Gen. Dr. Heller die Verhältnisse in diesem Staate einer vernünftigen Kritik unterzog, war der Saal dicht gefüllt. Der Inhalt der Rede des Gen. Heller war ein unerkennbarer. Seine Ausführungen waren von treffenden Zwischenrufen unserer Genossen begleitet. Die Koalition machte nur hin und wieder (und dabei durchaus sachliche) Zwischenrufe.

Die Regierungserklärung wurde von der Koalition natürlich angenommen. Sodann fand noch die Ruderabgabe die Genehmigung — hiezu sprach Gen. Foll —, worauf das Haus in die Beschlusssitzung ging. Die nächste Sitzung wird im Jänner telegraphisch einberufen werden.

Im Nachstehenden bringen wir einen Auszug aus der Rede unseres Sprachers im Senat.

Genosse Dr. Heller

führte aus:

Vor Allem stelle ich namens meiner Partei fest, daß wir uns der Erklärung, die Abg. Sillebrand im Abgeordnetenhaus abgegeben hat, vollinhaltlich anschließen. Wenn ich auf des Exposee des Herrn Ministerpräsidenten eingehe, möchte ich Sie mir erlauben, von rüdwärts anzufangen. Der Ministerpräsident hat in überaus freundlichen Worten die Stellung des Senats geschildert, seine Verdienste und seine Aufgaben. Ich glaube aber nicht, daß die Achtung vor dem Senate angesichts der leeren Plätze in der Ministerbank besonders steigen kann. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten haben

alle Minister kurze Zeit darauf fluchtartig den Saal verlassen

und seither sitzen wir wieder allein da.

Die Verletzung des Wahlrechts

Der Ministerpräsident hat einleitend bemerkt, daß wir ein demokratisches, allgemeines, gleiches, auf dem Verhältnisssystem beruhendes Wahlrecht haben. Dem ist jedoch nicht so. Das allgemeine Wahlrecht ist in dem Augenblicke beseitigt worden, als Sie die ständigen Wählerberechtigung eingezogen haben. Denn durch diese ständigen Wählerberechtigung sind zehntausende von Staatsbürgern ihres Wahlrechtes verlustig geworden. Wir haben bei den letzten Wahlen die Pflicht der Gehaltsfreiheit von acht Monaten geholt; man kann daher von der Allgemeinheit des Wahlrechtes nicht mehr sprechen. Wir haben auch kein gleiches Wahlrecht mehr. Wenn Sie die Fesseln sehen, die sich aus den letzten Wahlergebnissen ergeben, und beachten, daß es Abgeordnete gibt, die mit 21.000 Stimmen gewählt sind, und Abgeordnete, die 24.000 Stimmen brauchen, daß es Senatoren gibt, die 34.000 Stimmen, und Senatoren, die 46.000 Stimmen haben, dann kann man von einem gleichen Wahlrecht nicht mehr sprechen. Und durch die letzte Wahlreform haben Sie auch das Proportionalwahlrecht beseitigt.

Denn Sie haben sich Stimmen angeeignet, die nicht für Sie abgeben wurden, sondern gegen Sie.

So ist die letzte Papierwand, hinter der Sie Ihre Demokratie immer versteckt haben, zerrissen und durchbrochen und die Art der Demokratie in diesem Staate ist ganz nackt vor aller Welt sichtbar.

Wir sind langsam in Zustände geraten, die eines modernen Staates unwürdig sind. Ich möchte einige Kapitel der Wahlen vom 15. November deshalb hier anführen, weil sie eine Partei betreffen, die weder im Abgeordnetenhaus noch im Senate vertreten ist, die auf Grund des Wahlrechtes und auf Grund der Praktiken der Regierung, und insbesondere der Praktiken der tschechischen Agrarpartei um ihre Mandate gekommen ist. Das ist die jüdische Partei. Ich habe mit dieser Partei seit 20 Jahren in Krieg. Das kann mich nicht hindern, hier anzuführen, welche unerhörte Wahlmissbräuche sich die Regierung und die herrschende Agrarpartei hat zuschulden kommen lassen. In Karpathenrußland und in einigen Wahlkreisen in der Slowakei, hat die jüdische Partei kandidiert. Der Regierung war es peinlich und unangenehm, daß Vertreter dieser Partei in den Parlamenten kommen sollen, und mit Hilfe der Regierungsbeamten hat sie daher als Gegenpartei die jüdische Wirtschaftspartei gegründet. Der Gründer dieser Partei war Herr Blegogouverneur von Karpathenrußland. D. Roszypal, der sich dabei einiger orthodoxer Rabbiner bediente, um eine Gegenpartei zu gründen. Diese Herren haben von der Regierung oder

von der Agrarpartei Geld zur Durchführung dieser Wahlen bekommen. Herr Marus Ungar aus Prag hat 100.000 Kronen für diese Wahlen bekommen. Er hat davon 20.000 Kronen irgendeinem Führer dieser Wirtschaftspartei gegeben und hat dann, als er von der Liste der Wirtschaftspartei gestrichen wurde 80.000 Kronen dem Herrn Roszypal wieder zurückgegeben. Der Wortlaut der Bestätigung des Herrn Roszypal liegt mir vor. Es sind Regierungsbeamte in Besprechungen der Juden in Karpathenrußland gegangen, wo sie erklärten, die jüdische Partei sei eine staatsfeindliche Partei, die Regierung wünsche, daß die Juden in diesen Ländern die Wirtschaftspartei wählen. Es wurde von Regierungsbeamten in öffentlichen Versammlungen den Juden mit Entziehung von Lizenzen von Gewerbeberechtigungen und mit allen möglichen Nachteilen gedroht, wenn sie nicht für die Regierungsliste, und zwar für die Liste der Agrarpartei oder die der jüdischen Wirtschaftspartei stimmten. Eine ganze Reihe anderer Umstände sind noch hinzugekommen. Die jüdische Partei hat eine Schwärze an den Wahlgerichtshöfen überreicht, aus der so krasse Mißstände, so unerhörte Versuche der Beeinflussung hervorgehen, daß es klar ist, daß die Regierung den Versuch machte, dort, wo es noch möglich ist, in jenen etwas zurückgelassenen Ländern, die Wahlergebnisse durch Drohungen, Verprechungen, und durch alle möglichen unerlaubten Mittel zu beeinflussen.

Was bleibt also von dem großen demokratischen Wahlrecht noch übrig? Nichts mehr.

Sowjetrußland.

Ich möchte mich nun kurz damit beschäftigen, was der Herr Ministerpräsident über unsere

auswärtigen Angelegenheiten

gesagt hat. Ich gebe hier der Hoffnung Ausdruck, daß unser Minister des Äußeren, Dr. Benes, doch endlich einmal Gelegenheit finden wird, um hier im Hause uns über die auswärtigen Angelegenheiten Auskunft zu geben, damit wir Gelegenheiten haben, unsere Meinung dazu zu sagen. Der Vertrag von Locarno wird in dem Exposee gerühmt als das Ergebnis der Politik in all den Jahren seit dem Bestande des Staates. Das ist geradezu lächerlich.

Der Vertrag von Locarno ist doch die Desabonierung dieser Politik, denn der Vertrag von Locarno ist nichts anderes, als die Verletzung des Vertrages von Versailles, auf der ihre Politik und die Politik unseres auswärtigen Amtes beruht.

Wo bleibt denn heute noch das im Vertrage von Versailles ausgesprochene Prinzip der Nüchternheit in Deutschland? Der Vertrag von Locarno ist doch das Eingeständnis der Unfruchtbarkeit, der Unmöglichkeit, die damalige Politik, ist ein vollständiges Abweichen der Entente von jener Politik, welche bis Voincare in Frankreich, und bis zum Tage vor dem Vertrag von Locarno in der Tschechoslowakei getrieben haben.

Wir haben gegen den Vertrag von Locarno unsere Bedenken und wir würden nie zugeben, daß der Vertrag von Locarno demütigt wird als Instrument gegen Sowjetrußland. Wir geben vielmehr der Hoffnung Ausdruck, daß auch Sowjetrußland bald diesem Schiedsgerichtssystem und der nachfolgenden Abrüstung beitreten wird. Der Herr Ministerpräsident jedoch äußert sich nicht über die Anerkennung Sowjetrußlands. Diese Frage wächst sich zu einer europäischen Blamage heraus,

An unsere geschätzten Leser, Inserenten und Kolporteurs!

Wir bringen zur Kenntnis, daß die Weihnachtsummer unseres Blattes mit den Weihnachtseinseraten und einer umfangreichen Weihnachtbeilage mit Beiträgen aus der Feder hervorragender Parteigenossen, Donnerstag den 24. Dezember erscheint. Da in diesem Jahre drei Feiertage aufeinander folgen, so wird die nächste Nummer unseres Blattes erst wieder am Dienstag den 29. Dezember zur gewohnten Stunde herauskommen. Unser Blatt wird somit volle fünf Tage aufliegen, worauf wir unsere Herren Inserenten ganz besonders aufmerksam machen, da dieser Umstand eine ungemein günstige Inserenzgelegenheit darstellt.

Die Verwaltung.

gehehen wird. Es ist mit keinem Wort vom Kohlenbergbau die Rede, nichts vom Aufbau der Betriebsräte. Was ist es mit den Betriebsausschüssen der Industrie, die dringend einer Regelung und Verbesserung bedürfen, die sich so, wie sie sind, als untauglich zur Erreichung des Zweckes, für den sie errichtet wurden, herausgestellt haben? Endlich verlangen wir mit aller Energie die Einführung der Unfallversicherung für die forst- und landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die nationale Frage.

Mit Ausnahme einiger ganz bedeutungsloser und zu nichts verpflichtender Äußerungen ist von der nationalen Frage in der Regierungserklärung überhaupt nicht die Rede. Für den Herrn Ministerpräsidenten scheint eine nationale Frage in der Tschechoslowakei nicht zu bestehen. Meine Herren, Sie täuschen sich wenn Sie glauben, daß Ruhe in diesem Staate werden kann, bevor Sie die nationale Frage gelöst haben. Wir fühlen uns ja nicht unterdrückt von der Gesamtheit des tschechischen Volkes, sondern von jenen, welche die allnationale Koalition bilden. Wenn Sie glauben, daß das ein Zustand ist, den Sie auf die Dauer aufrecht erhalten können, so täuschen Sie sich. Wir liegt vor allem an der Erhaltung derjenigen Schicht der Menschen, der ich mein Leben geweiht habe, und das ist die deutsche Arbeiterklasse in diesem Lande. Für mich kommt der Staat und alles übrige erst in zweiter Linie in Betracht. Darin unterscheiden wir uns. Aber ich habe das hervor, weil ich trotz dieses Einbekenntnisses sagen will, daß die Lösung der nationalen Frage viel weniger im Interesse der deutschen Bevölkerung und der deutschen Arbeiterklasse dieses Staates gelegen ist, als im Interesse des Staates.

Wir werden es überleben. Sie werden hier dreieinhalb Millionen Deutsche, eine halbe Million Ungarn und eine halbe Million Slowaken nicht umbringen, mit allen Brutalitäten, mit allen Massnahmen werden Sie uns nicht umbringen dank der hohen Kulturstufe, auf der die deutschen Bewohner und insbesondere die deutschen Arbeiter und Bauern in diesem Staate stehen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Aber gelingen wird es Ihnen, wenn Sie so weiter gehen, daß dieser Staat nicht mehr bestehen wird. Sie werden uns in der Zwischenzeit ungeheures Leid zufügen. Wir werden es ertragen müssen in dem vollen Bewußtsein, daß am Ende der Leiden nur unser Sieg stehen kann!

Es ist ein ungeheurer Irrtum und eine ungeheure Verkennung der sozialistischen Parteien, wenn Sie glauben, den Faschismus in diesem Staate verhindern zu können, indem Sie sich mit dem Bürgerturnen verbinden. Sie werden den Faschismus verhindern, wenn Sie die Tendenzen bekämpfen, nicht aber, wenn Sie sich mit ihnen verbinden! Sie werden eines Tages zu dieser Erkenntnis kommen, und dieser Tag wird gleichzeitig der Tag der Erlösung des arbeitenden Volkes in diesem Lande sein. Bis zu diesem Tage werden wir unsere Arbeit fortsetzen.

An die Adresse der Kommunisten.

Ich möchte nur noch einige Worte an unsere Freunde der äußersten Linken richten. Es hat Gen. Schubert beliebt, uns hier anzusprechen. Wir haben hier in diesem Hause die Praxis so eingehalten, daß wir es mit unseren sozialistischen Brüdern nicht für vereinbar hielten, daß sozialistische Parteien einander in Gegenwart der bürgerlichen Parteien angreifen und beschimpfen. Möchten Sie bitte unserem Beispiele folgen. Wir haben draußen reichlich Gelegenheit, uns auseinanderzusetzen, vor der Arbeiterschaft. Dazu sind wir bereit. Wenn Sie aber glauben, daß Sie den Kampf hierher verpflanzen müssen, kündigen wir Ihnen an, daß wir unseren Mann zu stellen wissen werden, daß wir uns von Ihnen nicht das geringste werden gefallen lassen. Wir wünschen dem Kampfe auszuweichen in Gegenwart der bürgerlichen Parteien, weil wir glauben, daß hier nicht der Platz dafür ist. Sollte der Kampf uns aufgenötigt werden, werden wir ihn mit aller Energie und mit allen Konsequenzen durchzuführen.

Ich komme zum Schluß: Die Regierung hat in ihrer Erklärung deutlich gezeigt, daß sie eine Regierung der bürgerlichen Parteien ist, daß sie nicht gesonnen ist, den Forderungen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Dieser Regierung verweigern wir das Vertrauen und werden gegen die Forderungsinahme der Regierungserklärung stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Die Halenkreuzmörder von Mödling verurteilt.

Wien, 19. Dezember. (Eigenbericht.) In dem Prozeß gegen die neun Halenkreuzer, die in Mödling feinerzeit einen Überfall auf das Arbeiterviertel inszenierten und den Gemeinderat Genossen Müller durch bestialische Mißhandlungen getötet hatten, wurde heute nach zehntägigen Verhandlungen das Urteil gefällt. Drei von den Angeklagten wurden freigesprochen, dagegen die beiden Brüder Steingruber und Robert Bergner wegen Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung, drei andere wegen Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit verurteilt.

Robert Steingruber erhielt 1 Jahr schweren Kerker, verschärft durch ein hartes Lager monatlich, sein Bruder Wolfgang zwei Monate und Bergner acht Monate schweren

Kerker, während die drei übrigen mit Arrest von zwei bis sechs Wochen davonkamen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Angeklagten keineswegs, wie sie behaupten, zur Notwehr berechtigt gewesen waren, sondern daß sie in feindseliger Absicht gehandelt haben. Durch das Gutachten der Gerichtsarzte wurde auch festgestellt, in welcher unmenschlicher Art Müller behandelt wurde. Robert Steingruber ist überwiesen, Müller mit dem Spaten mehrere Schläge versetzt zu haben, während Wolfgang das unglückliche Opfer mit einem Pfeifen Stock mehreremale geschlagen hat, bis der Stock in Splitte ging. Bergner ist überführt, dem Schwerverletzten noch einen Stich versetzt zu haben. Die Verurteilten melbten die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Tages-Neuigkeiten. Gegen den Massenabbau der Staatsangestellten.

Eine große Protestkundgebung der Egerer Arbeiterchaft.

Aus Eger wird uns geschrieben: Die sehr gut besuchte Plenarversammlung der Egerer Arbeiterchaft, welche am Mittwoch, dem 16. Dezember im „Freispaten-Saal“ abgehalten wurde, wurde zu einer großen Protestkundgebung gegen den Massenabbau der Staatsangestellten und gegen die unerhörten Wucherzölle. Das Referat erlautete Sekretär Genosse Stanel, der zunächst ein Gesamtbild der politischen Lage gab und dann die Art des Beamten- und Angestelltenabbaues besprach. Der Redner schilderte, wie Tausende deutsche Postler und Eisenbahner dieser Abbauktion zum Opfer fallen und durch tschechische Angestellte ersetzt werden. Die Zollverordnung der Regierung genüge den Agrariern nicht mehr, sie fordern schon feste Zölle und geben darauf aus, die für die Arbeiter schon bestehende schwere Lebensnot durch neue Teuerung zu steigern. Die Ausführungen wurden mehrfach durch Zustimmung begleitet, es entwickelte sich eine rege Debatte. Ein Antrag des Genossen Zuber, vertritt mit einer Entschiedenheit, spricht aus: Die Versammlung, welche vor allem von den Vertrauensmännern der Egerer Betriebe besucht ist, bezeichnet die Art des Abbaues der Staatsbeamten und Angestellten als eine unerhörte brutale Gewaltmethode, die sich nur gegen die Angehörigen des deutschen Volkes richtet. Diese Gewaltmethode spricht allen Menschlichkeitsgrundsätzen Hohn und ist ein Schandmal der demokratisch sein wollen den Republik. Die Entschädigung, die einstimmig angenommen wurde, besagt auch noch, die Versammlung sei sich dessen gewiß, daß die Vertreter der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei im neuen Parlament nach wie vor, gegen die Auswucherung des Volkes durch Wucherzölle kämpfen und mit ganzer Kraft das Recht und die Forderungen der Arbeiter und Angestellten vertreten wird.

Protest der Organisations.

Die am Aktionsausschusse beteiligten Spitzenverbände der deutschen Staatsangestellten und Lehrer stellen fest, daß trotz wiederholten Versprechens der maßgebenden Stellen der Abbau sich größtenteils auf Kosten der Angestellten deutscher Nationalität entgegen den klaren Bestimmungen des Abbaugesetzes abspielt. Tausende deutscher Staatsangestellter sind dadurch in ihrer Existenz geschädigt worden. Der Unwille darüber kommt in den letzten Tagen endlich auch im deutschen Volke zum elementaren Ausbruch.

Wir fordern daher die sofortige Einstellung eines jeden weiteren Abbaues. Der Abbau ist in jenen Fällen rückgängig zu machen, in denen die ungenügende Kenntnis der tschechischen Sprache als ausschlaggebend bezeichnet wurde.

Bei Neuaufnahmen, die nötig werden, ist in erster Reihe auf das abgebaute deutsche Personal zurückzugreifen.

Wir erwarten von dem Parlament, daß es die berechtigten Forderungen der deutschen Staatsangestellten berücksichtigt und zu deren Verwirklichung beiträgt.

Verband der deutschen Staatsangestellten - Vereinigungen in der OSM.

Karteil der im deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Verbände der Staats- und öffentlichen Angestellten.

Deutscher Lehrerbund im tschechoslowakischen Staate.

Faschistische Demonstrationen in Prag. Für gestern abends hatten die Nationaldemokraten auf die Sobbiensinsel eine Protestversammlung gegen die Abhängigkeit des Deutschlandliedes bei der Parlamentseröffnung einberufen. Mehrere Redner, darunter der bekannte Abg. Späček, ergingen sich in scharfen Worten gegen die „ganz ungläubliche Frechheit und Kühnheit der deutschen Abgeordneten“ und riefen nach der starken Hand. Nachher zog ein Trupp von etwa 300 Personen durch die Nationalstraße auf den Graben und versuchte in das Café Continental einzudringen. Die Polizei verbot jedoch dieses Vorgehen und drängte die Demonstranten in die Seitenstraße ab, wo es vor dem „Prager Tagblatt“ zu Demonstrationen kam. Die Demonstranten wurden jedoch abermals von der Polizei abgedrängt und

Landbündlerischer Oppositionsgefang.

Die agrarische „Landpost“ schwimmt in Begeisterung und vierpartigen, fetten Titeln ob des Sängerkrieges in der Eröffnungssitzung des Parlamentes. Der naive Leser, für den dieser Schlachtenbericht: ja zum Augenaußwischen bestimmt ist, muß rein glauben, daß diese markigen Bauerngehaltn — an ihrer Spitze natürlich der neue Vizepräsident Professor Spina —, mit den wuchtigen Klängen des Deutschlandliedes der Koalition einen mindestens ebenso großen Schrecken einjagten, wie einst die alten Germanen, wenn sie noch vor dem Kampf den Feind allein durch ihren schaurigen Schlachtruf in die Flucht trieben. Der Wahrheitsbeweis für ihre gutgläubigen Wähler und „Landpost“-Leser, daß unsere Agrarier zu dem Gewittergebrüll der allnationalen Koalition in schärfster Opposition stehen, ist damit doch einwandfrei erbracht. — Nur schade, daß sich die Geschichte in Wirklichkeit merklich anders abspielt. Einen gewaltigen Schreck gab's allerdings, als die Deutshmanen: len als Trübsal „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmten, aber nicht so sehr bei der Koalition, als bei unseren biederen Landbündlern, welche dadurch in einen argen, fast unlöslichen Zwiespalt gerieten. Seit Jahren streben sie mehr oder minder offen nach den Regierungssesseln. Die erste Etappe, Spina als Vizepräsident des Hauses, ist glücklich erreicht, das Endziel winkt in verheißungsvoller Nähe. Da auf einmal kam dieses Lied, d. s. auf die künftigen Regierungsgefahren auf und wirken muß, alles gefährden. Was tun? Blühgeschnele Erwägungen durchkreuzen die Hirne der agrarischen Führer. Den Sang ignorieren geht nicht, denn dem Wähler gegenüber kann man die markig deutsche Gesinnung nicht lau genug demonstrieren, sonst werden sie nur zu leicht eine Beute der extremen Nationalen. Von Freund S. v. H. dagegen kann man eher ein Verständnis für diese schwierige Situation erwarten, also frisch gewagt! Jöggernd erhoben sich die waderen Bündler und sangen mit, aber sorgsam die Klangfülle ihrer Reden abdämpfend. Gerade noch so laut, daß in n nächster Stolz erzählen kann, man sei dabei gewesen, aber ja nicht so laut, daß Malchypetr auf der Präsidienstrasse, den man gerade vorher hat mit wählen helfen, das aufgezogene Spiel für Ernst hält und am Ende seine Machtmittel spielen läßt. Ein hörbares Aufstöhnen ging nach Beendigung der Strophe durch die händlerischen Reihen, da alles gut abgelaufen. Die „Landpost“ verbreitet den Ruhm der kühnen Tat in alle Lande und das höchste Alibi für die Wähler ist da. Und S. v. H., der Meister der Regie, hat sicher ein verzehrendes Versehen für dieses Meisterstück der Regiekunst und wird nicht zürnen, wenigstens nicht deart, daß er bei dem Wiedereintreten des Kuhhandels hinter den Kulissen nicht gegen eine weitere keine Preisgabe deutscher Interessen zur Abolution bereit wäre. Das Vaterland, das heißt die Aussicht auf Ministerstühle, ist trotz widrigster Verhältnisse durch Bauernschläue wieder einmal gerettet!

Das wird aber eine Freude sein! Der „Tag“ veranstaltet ein Preisauschreiben für jene, die ihm neue Abonnenten bringen. Die Preise, die dabei aufgesetzt sind, sind so fabelhaft und versprechen so unbedingt einen Erfolg des Werbeschreibens, daß die Verwaltungen aller anderen Blätter in der Republik einfach vor Neid über den „Tag“ zerpringen werden. Man kann sich schlechterdings die Freude gar nicht vorstellen, daß die halenkreuzlerischen Zeitungswerber in Erwartung der ihnen winkenden Preise auf die Suche nach Abonnenten gehen werden. Denn man stelle sich vor: für zehn neue Leser des „Tag“ bekommt der glückliche Werber ein Exemplar des Buches von Jung: „Der nationale Sozialismus.“ Wahrlich, der „Tag“ weiß sich richtig einzuschätzen, weiß was zehn Exemplare von ihm wert sind! Falls der liebe Werber wider Erwarten schon im Besitze des Jung-Buches sein soll, erhält er den „deutschen Staat“ von Gottfried Feder. Dieses doch bedarf ein jeder. Wer aber gar 15 neue Leser des „Tag“ akquiriert — fast zweifeln wir, daß es jemandem gelingen könnte —, der erhält laut wörtlichem Versprechen des „Tag“ entweder das „Buch vom Hitlerprozeß“ oder ein Bild von gleichem Werte. Bei welchem Ramschverkauf der „Tag“ wohl die wertlosen Bilder erstanden haben mag! Bleichstift ist gar ein halenkreuzlerischer Papierhändler seit ein paar Monaten dem „Tag“ die Bezugsgelder schuldig und gibt jetzt seine Schuld mit Abgießbildern ab. Der „Tag“ sei schließlich auch Preis für den Werber von zwanzig neuen Tagblattbeziehern aus (z. B. das Buch „Kloster und Welt“, welches, der den Rekord erzielt, will es mit einem

ganz besonderen Stil erblich beglücken. Doch da Reforbe kaum erzielt werden dürfen, wird ein beträchtlicher Gewinn in der Redaktion des „Tag“ liegen bleiben, den wir dazu herzlich beglückwünschen.

Der Unterstützungsfond der Taubstimmigen in Prag plant laut einem Zirkulare, das uns von demselben zugesendet wird, die Errichtung eines Heimes für Taubstimmige, eine Nachsorgeanstalt für Taubstimmige, die vorübergehend nach Prag kommen, und eine Heimstätte für arme taubstimmige Arbeiterinnen. Im April wird zu diesem Zwecke ein großes Wohltätigkeitskonzert in Prag stattfinden.

Wohltätigkeitsarbeit bei den Sparkassen. Die Sparkassen Groß-Prags und deren Geschäftsstellen bleiben ebenso wie die Banken vom Donnerstag, den 24. d. M. bis einschließlich Sonntag, den 27. d. M. ganzläufig geschlossen.

Aussaffung der ersten Wagenklasse in Schnellzügen im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag-Nord. Ab 15. Mai 1926 wird bei folgenden im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag-Nord verkehrenden Schnellzügen die erste Wagenklasse angefallen. Zug 47/48 und 49/50 Prag Wilsonböh.—Reichenberg. Zug 69/70 Prag Wilsonböh.—Brü (Leptitz-Schnau); Zug 91/92 Reichenberg—W. Tepla—Bodenbach—Komotau—Eger. Auch bei den Bespannungsschnellzügen 183/184 Prag Ras.—Bodenbach und 185/186 Prag Wilsonböh.—Larnau wird die erste Wagenklasse nicht mehr geführt werden.

Der kürzeste Tag. Die meisten werden sagen: am 21. Dezember; das ist aber ein weilverbreiteter Irrtum. Schon volle acht Tage früher, am 13. Dezember, geht's mit dem Licht wieder aufwärts, wenn auch vorerst nur um eine einzige Minute. Der Franzose hat für diesen winzigen Beginn der steigenden Helligkeit das Sprichwort, daß am Tage von St. Lucz „die Helligkeit wächst“, „sans-d'une puer“ (um einen Fußsprung). Am 21. Dezember, dem Tage des Heiligen Thomas, nimmt das Licht schon zu „um einen Augenprung“, am Tage vor dem Christfest um einen „Fußsprung“ und zu Neujahr „um den Schritt eines Berganten“. Bis zum 17. Januar geht dann die Sonne um soviel früher auf und soviel später unter, daß das Licht breiter um die „Rohzeit eines Mönchs“ gewachsen ist.

Nahe Mädchen als Jungtiere. Die „Pravda“ hat vor kurzem folgende wahre Geschichte veröffentlicht: Ein Arzt befand sich im vergangenen Sommer auf einer Inspektionsreise im Innern Rußlands. Er kam in ein weit entlegenes Dorf, wo die Leute gewissermaßen noch im Urzustand leben, so daß er geradezu fürchtete, die Leute würden ihn ermorden, da sie ihm gegenüber das größte Mißtrauen bekundeten. Nachts wurde er durch ein unheimliches Geklimmer aus dem Schlaf geweckt. Als er aus dem Bett sprang und in größter Angst zum Fenster eilte, sah er im Mondschein eine Szene, die zwar seine Bedenken zerstreute, ihn aber in um so größeren Entsetzen versetzte. Auf dem Platz waren etwa ein Duzend schlitternackte Mädchen verlammet. Ein alter, würdig aussehender Bauer redete ihnen zu, wovon der Arzt nur folgende Sätze hören konnte: „Kinder, seid ehrlich, sonst ist das ganze Dorf verloren. Nur wer wirklich unschuldig ist, kann mitmachen.“ Nach dieser Bitte ernstern sich auch einige Mädchen mit traurigen Mienen und zogen sich an. Die anderen wurden in einen Pfug gespannt. Die merkwürdige Prozession bog sich unter den Klängen eines eigenartigen Chorliedes zum Dorfte. Wie der Arzt am nächsten Tage herausbrachte, handelte es sich um eine eigenartige, aus graverster Vorgeit stammende Sitte. Um das Dorf vor einer Seuche zu schützen, muß es dreimal umgepflügt werden, wobei der Pfug von nackten, unschuldigen Mädchen gezogen werden muß. Den Anlaß zu dieser Zeremonie gab lediglich die Anwendung des Arztes, da die Dorfbewohner überzeugt waren, er habe eine Seuche mitgebracht. Der Arzt hielt es für geraten, so schnell wie möglich seine Sachen zu packen und, solange er noch heil war, das Dorf zu verlassen.

Berkohlene Anetboten.

Der Seelenjäger. Man unterhielt sich verwundert über einen Ankündrmer, dem begehrte die Damen der Hauptstadt zuliefen. „Über das ist doch nicht merkwürdig!“ — sagte jemand — „Bater S... spricht eben über die Armut wie ein Reicher, über die Sünde wie ein Dichter, über den Ehebruch wie ein Junggeselle und über die Hölle wie ein Engel!“

Reiche Bettler. Der Wirt eines berühmten Klostere wurde von seinen Verwandten gemeldet, daß er in den Bettlerorden eingetreten sei. Er lächelte: „Mein Gebilde der Armut verhofft mit Hunderttausende Einkünfte, mein Gebilde des Gehorsams hat mir Gewalt wie die eines Fürsten eingebracht, und das Gebilde der Keuschheit — hier brach er beschiden schweigend ab...“

Bölgerehrung. Ein überstimmlicher Prediger hielt auf der Kanzel einen Heiligen. „Wo sollen wir ihn hingehen — wohin? Ihn, der erhaben ist über alle anderen Heiligen, alle Engel, alle Erzengel.“ — Da stand ein Zuhörer auf: „Sehen Sie ihn ruhig auf meinen Platz! Ich gehe nach Haus.“

Der Weg zum Völkerrfrieden. Diplomaten hängen untereinander und sprachen darüber, wie schwer es den Völkern doch sei, in Frieden leben zu können. „Begrüßlich!“ — sagte einer von ihnen — „Will ein Volk in Frieden leben, genügt es nämlich nicht, daß es sich selbst nicht in fremde Angelegenheiten hineinmischet, sondern es muß auch noch gestatten, daß sich Fremde in seine Angelegenheiten mischen!“

WÄSCHE

BESTE QUALITÄTSWARE AUS DER
SEHR BILLIG in dem
DETAILGESCHÄFT

GEC-WÄSCHEFABRIK
IN BÄRRINGEN

„GEC“-GROSSEINKAUFSGESELLSCHAFT FÜR KONSUMVEREINE
Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, Linien 5, 9, 12 **PRAG-SMICHOV, v Lesičku 1** Ecke Barrandova ulice beim Kinskygarten



Ist das Wiener-Neustädter Industriegebiet mit seiner hochentwickelten Metallindustrie. Das Wiener-Neustädter Bezirkssekretariat des österreichischen Metallarbeiterverbandes hat der Jahreskonferenz, die vergangenen Sonntag stattfand, einen Bericht über die Lage der Metallindustrie und des Verbandes im Wiener-Neustädter Gebiet vorgelegt, aus dem das österreichische Wirtschaftselend so recht deutlich hervorgeht. Das Wiener-Neustädter Industriegebiet zeigt seit dem Jahre 1919 einen konstanten Rückgang der Zahl der Betriebe und vor allem der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Der Zusammenbruch der gewaltigen Wöllersdorfer Werke, für die sich im Rahmen Österreichs in Folge der Lotterwirtschaft, die die verschiedenen Wucherer trieben, kein Platz fand, der ständige Abbau auch in den anderen Betrieben hat die Zahl der Metallarbeiter, die im Wiener-Neustädter Gebiet arbeiten, immer stärker dezimiert. Ende 1919 waren ungefähr 28.500 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Eisen- und Metallindustrie des Bezirkes beschäftigt. Ende 1921 sank die Zahl infolge der Betriebsreduktion in Wöllersdorfer und den Daimler-Werken auf rund 26.000, Ende 1922 durch die völlige Stilllegung der Wöllersdorfer Werke auf 22.100 und Ende 1923 auf 19.400. Im September dieses Jahres betrug die Zahl der Arbeiter etwa über 16.000, seither sind wieder ungefähr 500 bis 600 Arbeiter abgebaut worden, so daß derzeit nicht viel mehr als 15.000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Wiener-Neustädter Gebiet beschäftigt sind. In den Metallbetrieben des Wiener-Neustädter Bezirkes steht

also heute beinahe nur noch die Hälfte der Arbeiter von 1919! Eine außerordentlich betrübliche Tatsache, die uns zeigt, daß der Umfang der Metallindustrie heute ungleich geringer ist, als in der Krisenzeit des Jahres 1919! Das ist also das Ergebnis der seipelschen Sanierung!

Sowjetrussische Sozialpolitik.

Wie die Vorschriften über Überstunden mißachtet werden.

Wie die Moskauer „Arbeiterzeitung“, das Organ des kommunistischen Zentralkomitees, vom 4. Dezember mitteilt, wird das Gesetz über Überstunden in streuestoffester Weise in Moskau verletzt. Es gibt fast keinen einzigen Staatsbetrieb, wo die Zahl der wirklichen Überstunden die der laut Gesetz zulässigen nicht um das Vielfache übersteigt. So sind im Betriebe „Seweroljes“ 15.000 ungesetzliche Überstunden festgestellt worden. Eine Beratung der Richter der Arbeitssektion hat beschlossen, wegen Mißbrauches des Überstundengesetzes Anklage zu erheben.

Auf dem es zu Ende gehenden Kongress der Metallarbeitergewerkschaften ist gleichfalls auf die normalen Verhältnisse hinsichtlich der Überstunden hingewiesen worden, insbesondere im Hinblick darauf, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Metallarbeitergewerkschaft zurzeit 38.000 Personen umfaßt. Der Kongress beschloß, daß gegen die von den Betrieben in umfassendem Maße angewandten Überstunden, die über die vom Arbeitsgesetz vorgegebene Zahl hin-

Das Firmenschild

erhält seine Werbekraft erst durch ausgiebige Beleuchtung. Reichliche blendungsfreie Beleuchtung macht es in den Abendstunden besonders wertvoll.

OSRAM

ausreicht. Maßnahmen zu ihrer Verfürgung (!) auf ein Minimum ergriffen werden, und zwar in einer Weise, daß an Stelle der reduzierten Überstunden neue Arbeitskräfte herangezogen werden“.

Wie erhalte ich ein modernes Kleid durch Umarbeitung?



1461 Kleid aus Gabordin mit Abendbeuge. Der langen Hülse schließt sich ein enger Rock an. Gebrauchsfertige Semper-Schnitt. für jede Größe verwendbar. sind lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7.50.
1463 Kleid aus Crêpe marocain mit Bilderei. veralterung. Gebrauchsfertige Semper-Schnitt. für jede Größe verwendbar. sind lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7.50.
1462 Kleid aus Wolle mit großem Falten. Gebrauchsfertige Semper-Schnitt. für jede Größe verwendbar. sind lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7.50.

Verkaufsstellen d. gebrauchsfertig zugeschnittenen **SEMPER-Schnittmuster:**
Die Zentrale der „GEC“, Prag II, Václavova nám. 4 und alle Warenhäuser der „GEC“.
In Prag: II, Postf. 6, Hermine Reimann. In Prag: VII, Nelšického 42, Gustav Biedl.

Der Film.

Josel Kajetan Tál nennt sich ein neuer tschechischer Großfilm, der vom Epea-Film getreht, und vorgeführt wurde. Das Stück behandelt den tragischen Lebenslauf des Gründers des tschechischen Bühnenwesens J. S. Tál und entrollt ein anschauliches, großartiges Gemälde der tschechischen Kulturgeschichte vor und nach der Prager Revolution im Jahre 1848. Das Schicksal Táls läßt sich in mancher Beziehung mit dem des Hovsiedl-Horovsky vergleichen: beide beginnen in künstlerischer, glühender Jugendbegeisterung den Kampf um die Erreichung der Freiheit in künstlerischer, sprachlicher und künstlerischer Hinsicht; nach anfänglichen Erfolgen vernichtet dann der unüberlegte Prager Aufstand alle Hoffnungen und Ausichten der Freiheitsbewegung und einige Jahre darauf sterben beide Führer als gedrohten, Franke und unglückliche Männer, die das ersehnte Ziel nicht erreichen konnten. Der Film ist trotz seiner starken nationalen Färbung auch für den Nichttschechen sehenswert, da Tál als strebender Mensch genügend ergreifenden und tragischen Stoff zu einem bemerkenswerten Spielstück bietet. In künstlerischer Hinsicht ist an dem Film vielerlei anzufagen. Mit Rücksicht auf seine bedeutende Länge — er wurde über zwei Stunden ausgeführt — ist die Handlung zu arm an wirklichen Geschehnissen, so daß er ein wenig eintönig und ermüdend wirkt, und dann ist er von der für die Slaven bezeichnenden wehrmütigen, weichen Gemütsart herab durchdrängt, daß er einem Deutschen zu rührselig erscheint. S. B.

Boltswirtschaft.

Schwere Wirtschaftskrise in Oesterreich. 150.000 Arbeitslose, darunter 90.000 in Wien. — Im Wiener-Neustädter Industriegebiet die Hälfte der Arbeiter vom Stande 1919. Die schwere Wirtschaftskrise in Oesterreich findet ihren Ausdruck in der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit. Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß die Zahl der Arbeitslosen auf 150.000 gestiegen ist, darunter 90.000 allein in Wien. Besonders schwer betroffen

SCHUHE

Von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung, aus bestem Material, sehr preiswert im

DETAILGESCHÄFT

„GEC“-GROSSEINKAUFSGESELLSCHAFT FÜR KONSUMVEREINE
Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, Linien 5, 9, 12 **PRAG-SMICHOV, v Lesičku 1** Ecke Barrandova ulice beim Kinskygarten

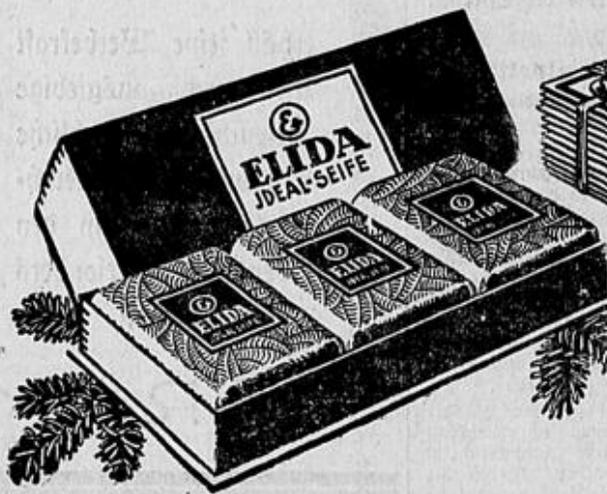
AUS GEC-SCHUHFABRIK DER REICHENBERG

Weihnachts-Geschenke

welche die Erinnerung
lange bewahren.

Elida-Ideal-Seife
doppelt parfümiert.
Das Feinste und Mondänste.

Elida-Haarpflege (Shampoo).
Schmücken Sie ein Duzend Päckchen
mit einem goldenen Bändchen und
einem Tannenzweig.



Auch ein Duzend-Karton
Elida-Ideal-Seife
läßt sich wunderschön ausstatten.

ELIDA

WEIHNACHTSKASSETTEN IN ALLEN PREISLAGEN.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.
2975

Tuch-Kostüme, gefüttert, mit Battalin-Einlage
und reichem Treppen-Putz (Façon „Hanna“) für
245 K in kompletten Damengrößen nur bei **Busch,**
Damen- und Bacfish-Konfektion in groß und
in detail, Prag, Prifokop 27 (Mitte des Grabens,
sogenannter Großer Bazar) nur 1. Stod. Keine
Schaufenster, auch nicht im Bazar selbst. Eben große
Weihnachts-Diskussion zu tief reduzierten Preisen!
Heute geöffnet von 8 bis 12 Uhr und 2 bis 6 Uhr.
3824

Gerichtssaal.

Appetitliches Fleisch.

Wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz
verhandelte das Kreisgericht Eger gegen den Flei-
schermeister Hermann Braun in Pilsen und
dessen Gattin Hulda Braun. Die Verhandlung
endete bezüglich beider Angeklagter mit einem
Freispruch, wogegen die Staatsanwaltschaft
die Nichtigkeitbeschwerde anmeldete.

Die Anklage führt bezüglich der Angeklagten
aus: Am 28. April 1925 schlachtete der Angeklagte
ein Kind, dessen Lunge vom Fleischbeschauper Adolf
Geißl als tuberkulös bezeichnet wurde. Der Fleisch-
beschauper ordnete die Vernichtung dieser Lunge an,
worauf Braun sie in Gegenwart des Fleischbeschauper
auf den Düngerhaufen warf. Am nächsten
Tage schlachtete Braun einen Frischling, der voll-
kommen gesund war.

Am 30. April kaufte Anna Schwarz im Laden
des Angeklagten Braun ein halbes Kilo Innerei.
Hulda Braun verabsolgte ihr ein Stück Herz und
Milz, das sie von dem großen Stüde aus der Aus-
lage abschchnitt und gab ihr auch ein Stück Lunge,
das sie unter dem Verkaufspult hervorholte. Zu-
hause stellte zunächst Anna Schwarz und dann ihr
Gatte in der gefauten Lunge eine größere Zahl
von Klumpen fest. Georg Schwarz schnitt einige
Klumpen heraus, gab sie in Spiritus und schickte
dann die Innerei dem Fleischer zurück. Hulda
Braun erklärte diese Klumpen als Fettklumpen,
nahm aber das zurückgestellte Beuschel an, welches
sie später angeblich im Ofen verbrannte. Mit den
ausgeschnittenen Klumpen ging Georg Schwarz zu
Dr. Hubatsch, welcher sie Tuberkeln bezeichnete.
Schwarz ging dann auch zu dem Fleischbeschauper
Geißl und fragte, ob Braun ein Kind geschlachtet
habe, das krank war. Geißl sah sich die Tuberkeln
an, ging dann zu Braun und verlangte, daß ihm
die Lunge gezeigt werde, die im Dünger eingegra-
ben worden war. Obwohl erst fünf Tage seit der
Schlachtung verstrichen waren, war im Düngerhaufen
keine Spur der Lunge zu finden. Braun erklärte
dies damit, daß der Hund sie verschleppt haben
werde. Hulda Braun erklärte, daß sie keine Rind-
lunge, sondern nur Schweinslunge verkauft habe.
Aus dem Beuschel unter dem Ladepulte, der
sofortigen Zurücknahme des Fleisches, dem Vorfom-

men von Tuberkulosefnoten in der Lunge und dem
Verschwinden der Lunge vom Düngerhaufen folgert
die Anklage, daß die Lunge vom Düngerhaufen wie-
der weggenommen und im Fleischergeschäft des
Braun wieder verkauft wurde.

Kunst und Wissen.

Keine Vorstellungen am Weihnachts-
abend im Neuen Theater und in der Kleinen
Bühne. Wegen der Vorbereitung des Weihnachts-
und Silvesterrepertoires bleibt die Kleine Bühne
auch am 28. Dezember abends geschlossen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters.
Heute halb 8 Uhr nachm. „Der gestiefelte
Kater“, 7 Uhr „Der Orlo“, Montag halb 8
Uhr abends „Lady Fanny und die Dienst-
botenfrage“, Dienstag „Clo-Clo“, Mitt-
woch abends „Rigoletto“, Freitag und Sams-
tag halb 8 Uhr „Der gestiefelte Kater“,
7 Uhr „Teresina“, Sonntag halb 8 Uhr nachm.
„Clo-Clo“, 7 Uhr abds. „Die verkaufte
Braut“, Montag „Rigoletto“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag
halb 8 Uhr „Der Gatte des Fräuleins“,
Montag „Die Puppe“, Dienstag „Ueber-
fahrt“, Freitag 3 Uhr nachm. „Die vertagte
Nacht“, halb 8 Uhr „Methusalem“, Sams-
tag 3 Uhr „Der Gatte des Fräuleins“, halb
8 Uhr abends „Methusalem“, Sonntag 3 Uhr
„Der Mensch im Käfig“, halb 8 Uhr abends
„Charleys Tante“, Montag halb 8 Uhr
„Victoria“.

Ein guter Sozialist

kann nur der sein, der fleißig
die Arbeiter-Bücherei besüßt.

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

„Die weiße Kunst“. Der berühmte große Na-
tur- und Sportfilm. Beste Anregung für die Weih-
nachtsausflüge! Für Alt und Jung der sicherste
Weg zur Kraft und Gesundheit! Dazu: Vocarno
und die Friedensverhandlungen. Nur
heute, halb 11 Uhr.

„Kunstgeschichte“ mit Lichtbildern. Dr. Vo-
gel. Montag, den 21. d., 5 Uhr 10. (letzte Kurs-
stunde).

Offi Osvalda und Lotte Neumann, die beiden
Stars des deutschen Lustspiels in „Blickzug der
Liebe“ und „Romeo u. Julia im Schnee“,
Lubitsch — Lustspiel. Heiteres Doppelprogramm im
Vran-Urania, Kino. Heute 3, halb 6 und
8 Uhr. Montag und täglich halb 6 und 8 Uhr. 3834

BRÜDER TAUBER

Weingroßhandlung

Prag-Vysočan

in- u. ausländische Weine in reichster Auswahl
Spezialität: Besonders geprüfte Flaschenweine

Herausgeber Dr. Ludwig Czeck.
Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehn.
Für den Druck verantwortlich D. Soltz.

IN LETZTER STUNDE

kaufen Sie noch Ihren Damen als
liebstes Weihnachts-Geschenk
einen eleganten Mantel, ein chieckes Kostüm
oder Kleid von

PRAG **OPfokop 27** **BUSCH** **Großer Bazar**
Mitte Graben! **nur 1. Stock**

Keine Schaufenster, auch nicht im Bazar!
TIEF REDUZIERTE PREISE!
Heute von 8-12 und 2-6 geöffnet.



Von 8-12 u. 2-6 Uhr
bleibt das
Kinderkleiderhaus
Hirsch Prag.
Železná 14.

heute offen. Fortsetzung des billigen
Weihnachtsverkaufs von Kinder-
Knaben- und Jünglingskleidern.
Größte Auswahl. 3833

Rechnen Sie elektrisch!

MERCEDES-EUKLID

Ganz- und halbautomatische Rechenmaschinen.

Mit Schieber und Tasten!
Sparen Zeit — Geld — Arbeit.

L. & G. Halphen.
Prag, Miku ásská tř. 22/s. Telefon 2342.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des
Konsumverleines Selchwaren der Firma
HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN,
SIND DIE ALLERBESTEN!

Piering-
Scent u. Essig
ist das Beste

es haben in allen
Konsum-Verleinen.

Maltose - China - Eisenwein

mit Lecithin

„Leciferminat Kolář“

wird auf Grund seines reichlichen Inhaltes an Nähr-
und Heilstoff in neuerer Zeit als ein ausgesprochen
wertvolles Mittel bei Erkrankungen von Blute mit
tuberkulöser, skrophuloz. Altersschwäche aller
Art erschöpfenden u. Appetitlosigkeit mit bestem
Erfolg angewendet. — Widerstand gegen Infektionen,
Appetitsteigerung, Blatbildung und Gewichts-
zunahme dieses bewährten Kräftigungsmittels.
An Mitglieder der Krankenkassen zum Verordnen
zugelassen. — Erhältlich in allen Apotheken

Verlangen Sie die übrenden amerikanischen
prima Schweine-Schmalzmarken und schmecken
Spezialstoffe

„Apec“ und „Morrell“

1901 Vertreter für die Ooslowakel
Robert Stránský, Prag II.
Lundmannova 33
Drahtanschrift „Rostra“ Telefon 0687.

Winterröcke

lang, schwarz:
Kc 290^{.-}, 330^{.-}, 390^{.-},
490^{.-} bis 1.450^{.-},
kurz, für Landwirtschaft
und Sport:
Kc 150^{.-}, 190^{.-}, 240^{.-},
290^{.-} bis 980^{.-}.

„KING“

der König der Winterröcke
heuer nur
Kc 790^{.-}.

Kurzer Winterrock
mit elegantem Überzug, weilliner,
warmer Einlage u. edicim. langem
Opposumschultragen
Kc 490^{.-}.

Stránský

Hybernská.